

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipsler (Welschbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 A. — Postkatalog-Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Die „neue“ Reaktion. Der sogenannte „Sandwörtertag“. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Sozialpolitisches aus dem Reichstage. — Gewerblich-politische Angelegenheiten. — An die Maurer Deutschlands. — Situationsberichte. — Eingekandt. — Briefkasten.

Die „neue“ Reaktion.

Als am 1. Oktober 1890 die zwölfjährige Herrschaft des Ausnahmegesetzes gegen die sogenannten „gemeingefährlichen“ Bestrebungen der Sozialdemokratie, diese Ausgeburt reaktionärer Gesetzgebungskunst ihr Ende erreicht hatte, war in weiten Kreisen des arbeitenden Volkes die Hoffnung lebendig, daß mit jenem juristischen und administrativen Monstrum, welches die politische Willkür zum Gesetz erhob, auch die Starrheit des reaktionären Geistes überwunden sei. Wir haben seinerzeit davon gewarnt, sich auf diese Hoffnung zu stützen, welche kein in die Verhältnisse gründlich eingeweihter Politiker theilen konnte. Die Reaktion empfand die moralische Niederlage, welche sie mit der ausnahmegesetzlichen Praxis über sich heraufbeschworen hatte, viel zu schmerzlich, als daß sie, von allen sonstigen Erwägungen abgesehen, sich wirklich dazu hätte verstehen können, einen „neuen Kurs“ einzuschlagen. Der Kurs blieb der alte. Hatte man zwölf Jahre hindurch sich die „geistige“ Bekämpfung der Arbeiterbewegung durch rigorose Auslegung und Anwendung der ausnahmegesetzlichen Bestimmungen leicht gemacht, mit Vereins-, Versammlungs- und Druckschriftenverboten, mit Ausweisung und Verhängung der Wundspere über besonders „gemeingefährliche“ Agitatoren, mit Geheimbundsprozeßen u. d. d. operiert, so kam nun wieder die subtilere und schärfere Anwendung der gemeinen Gesetze zur Geltung, so besonders der Strafgesetze. Die Auflagen gegen Sozialdemokraten und die Verurteilungen solcher wegen ihrer Thätigkeit auf politischem wie auf gewerblichem Gebiet, erfüllten eine rapide und bedeutende Steigerung. Die Reaktion hielt ihren alten Kurs konsequent inne.

Längst war es für den mit der Stimmung in den maßgebenden Kreisen einigermaßen vertrauten Politiker kein Geheimniß, daß man dort sich alles Ernstes mit der Absicht trage, der Arbeiterbewegung weitere Schwierigkeiten durch entsprechenden Ausbau bestehender Gesetze zu bereiten. Mit ihrem beim Falle des Ausnahmegesetzes proklamirten „geistigen“ Kampf gegen die Sozialdemokraten machte die Reaktion sehr schnell Fiasko, während die sozialdemokratische Arbeiterschaft einen moralischen Sieg an den anderen erlitt. Um so mehr mußte die Reaktion bekräftigt werden in der erwähnten Absicht.

Die Zweifel, die darüber hier und da noch bestanden, sind gründlich zerstreut worden durch die „bestellte Arbeit“, welche der konservative Abgeordnete und Industrietrichter Freiherr v. Stumm in der Reichstags-Sitzung vom 12. d. M. leistete. Zur Debatte stand beim Etat für die Eisenbahnverwaltung die Frage: Ob diese Verwaltung berechtigt sei, sozialdemokratische Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung zu entlassen,

wie es öfter vorgekommen ist. Der Ressortminister, Herr Thielen, hatte diese Frage unbedingt bejaht, während von sozialdemokratischer Seite mit Recht betont wurde, daß eine Behörde ein den vielberufenen „sozialen Frieden“ störendes Unrecht begehe, wenn sie Arbeiter, die dem Staate zu schweren Leistungen verpflichtet sind, Steuern zahlen und Militärdienst thun müssen, wegen ihrer politischen Gesinnung maßregeln, sie arbeits- und brotlos machen.

Herrn v. Stumm war das schon lange von ihm und seinen Freunden in und außer dem Reichstage herbeigesehnte Gelegenheit, eine Sozialisten-Debatte vom Raume zu brechen, wie man sie in der sozialistengesetzlichen Zeit gewöhnt war. Er behauptete, die ganze sozialdemokratische Bewegung laufe auf den „allgemeinen Kladderadatsch“, den gewalttätigen Umsturz des Bestehenden hinaus. Die Sozialdemokratie habe kein Recht, sich eine politische Partei zu nennen, sie sei nicht einmal eine wirtschaftliche Partei. „Sch fasse“ — fuhr der Arbeitsherr nach dem stenographischen Bericht wörtlich fort — „die Sozialdemokratie auf als ein Zusammenfassen aller derjenigen Elemente im Lande, welche, von Gift, Haß und Neid gegen die besser situirten Klassen und gegen die Gesellschaftsordnung überhaupt erfüllt, Alles mit Füßen treten, was dem Menschen heilig ist oder ihm wenigstens heilig sein sollte.“ Dann folgten die bekannteren verleumdenden Phrasen über die Untergrabung der „Heiligkeit der Ehe“, der Familie, der Sittlichkeit überhaupt durch die Sozialdemokratie. Nach König Stumm sind alle sozialdemokratischen Arbeiter „rohe Subjekte“, welche „die freie Liebe verheerlichen“, den „Meineid verheerlichen“, „Diebstahl, Mord und Todtschlag verheerlichen“, um „den Menschen schließlich zur Bestie herabzuwürdigen“. Dieser geistlos-brutalen Argumentation setzte der große Ordnungsmann die Krone damit auf, daß er den Brief eines sogenannten „Arbeiters“ vorlas, in welchem es heißt, die Sozialdemokratie sei eine „recht große Räuberbande“, aus deren Klauen die Arbeiter befreit werden müßten.

König Stumm lieferte damit den Beweis, daß das Geistesniveau, auf welchem er sich befindet, ein sehr, sehr niedriges ist. Und eine Erhebung über dieses Niveau bedeutete es gewiß nicht, als er weiterhin für die „Arbeitgeber“ das sogenannte „Recht“ in Anspruch nahm, Arbeiter wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung zu maßregeln und in Verzug zu erklären. Bei den Fachvereinen der Arbeiter sei die Tyrannei!!! Gegen diese, wider „freie Arbeiter“ gerichtete „Tyrannei“, sei die Tyrannei, welche irgend ein Unternehmer ausüben könne, „Kinderspiel“.

Dem deutsch-freisinnigen Abgeordneten, Dr. Max Hirsch und seinen Gewervereinlern sagt König Stumm: Da auch Sie den Streik unter Umständen als Kampfmittel zu lassen, tragen auch Sie zur „Vermehrung des Klassen-gegensatzes“ bei.

Der „Heros“ des konservativen Geistes bedauerte den Fall des Sozialistengesetzes und richtete an die Regierung den Appell, gegenüber der Resolution keine Schwäche zu zeigen,

d. h. mit anderen Worten: der Sozialdemokratie rücksichtslos mit Gewaltmitteln zu Leibe zu gehen.

Der Gesinnungsgenosse des Königs Stumm, Herr von Hellborn, vervollständigte die Deutlichkeit dieses Appells, indem er geradezu erklärte: „Die Frage, wie lange wir mit unseren gegenwärtigen Mitteln nach Aufhebung des Sozialistengesetzes ausreichen, ist meiner Auffassung nach nur eine Frage der Zeit. Es wird sich ergeben, ob wir damit ausreichen. Wir machen ja jetzt, nachdem das Sozialistengesetz gefallen ist, eine Probe damit, und ich muß sagen, daß ich der Entwicklung der Sozialdemokratie gegenüber befürchte, daß diese Probe zeigen wird, daß wir nicht auskommen, und daß die Zeit kommen wird, in der wir schärfere und einschneidendere Mittel brauchen müssen.“

Durchaus zutreffend hat der Abgeordnete Frohne die Leistungen der beiden konservativen Größen als „den 78er Unfug in neuer Auflage“ und als „bestellte Arbeit“ bezeichnet. In der That, die Reden der Herren v. Stumm und v. Hellborn hatten den Zweck, die Meinung des Reichstages und die öffentliche Meinung über die beabsichtigten schärferen und einschneidenderen Mittel zu erschöpfen. Für die Herren v. Stumm und Konsorten ist diese Frage längst entschieden. Das möglichst schärfste und einschneidendste Vorgehen gegen die Sozialdemokratie ist immer der erste Punkt im „Ordnungsprogramm“ der Konservativen gewesen. Wir sind überzeugt, daß die Reden Stumm's in den weitesten Kreisen des Volkes Entrüstung und Erbitterung hervorgerufen haben.

Millionen ehrlicher Menschen hat der Industriekönig, der aus den Leistungen „seiner“ Arbeiter Reichthümer gewinnt, als Auswurf aller Schlechtigkeit und Schenstlichkeit bezeichnet, und das nicht etwa im Eifer der Rede, sondern nach wohl vorbereitetem Konzept, mit dreifler Stimm, ruhig, kaltblütig, überlegend. Empören und erbittern allerdings muß solcher Unfug jedes ehrliche Gemüth. Aber wenn man den Bestenstande allein das Urtheil anheimgibt, so kann man sich nicht entziehen. Der Verstand sagt uns: daß die Stumm'schen und Hellborn'schen Reden eine **Bankrott-Erklärung** des reaktionären Geistes enthalten, wie sie schärfer und überzeugender kaum gedacht werden kann. Die Reaktion ist mit ihrer sozialpolitischen „Weisheit“ Mathät am Letzten; sie zieht sich mehr und mehr zurück auf den Standpunkt der autoritären Gewalt. Ihre Verfechter müssen sich befehlen, die geplanten schärferen und einschneidenderen Maßregeln zu Stande zu bringen, denn die erste fünfjährige Reichstags-Legislaturperiode ist bald zur Hälfte herum und in der nächsten Legislaturperiode wird es voraussichtlich keine reaktionäre Majorität mehr geben, die geneigt wäre, zu solchen Maßregeln ihre Zustimmung zu geben.

So liegen die Dinge! Eine neue reaktionäre Hochfluth droht; Herr v. Stumm hat sie signalisirt. Sie kommen! Die aufgelaarte, organisirte Arbeiterschaft, die die zwölfjährige sozialistengesetzliche Feuernprobe so glänzend bestanden hat, sie sieht den kommenden Thaten der Reaktion ruhig, kaltblütig entgegen. Im Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Unüberwindlichkeit ihrer Sache,

die durch die Lügen- und Verläumdungstun-
der Gegner nur an Werth und Ueberzeugungs-
kraft gewinnen kann, wird die Arbeiterschaft den
Stampf mit der „neuen“ Reaktion aufnehmen
und wieder wird der Sieg, wie das garnicht
anders sein kann, sich an das heilige Panier der
Arbeit heften, in dessen Reigenen, die ihrem
Uebermuth und ihrer Anmaßung gegenüber der
Sozialdemokratie keine Grenze wissen, an sich
die Wahrheit des Wortes erfahren werden: Wenn
die Götter verderben wollen, den schlagen
sie mit Blindheit.

Ohne Zweifel hofft mancher Reaktionär, die
Arbeiter möchten sich durch schärfere Maßregeln
zu thörichtesten Handlungen, Gewalttätigkeiten zc.
treiben lassen. In ihr Narren- der Reaktion, wie
schlecht kennt ihr die Sozialdemokratie, die Arbeiter-
massen, die ihren Lehren folgen!

Der sogenannte „Handwerkertag“

für den die Zünftler wochenlang die eifrigste Propaganda
trieben, hat vom 15. bis zum 18. d. Mts. in Berlin
stattgefunden.

Die Veranlassung zu dieser zünftlerischen Demon-
stration war bekanntlich damit gegeben worden, daß die
Regierung im Reichstage die Erklärung abgab, an die
Gewährung der Forderungen betr. Einführung des
obligatorischen Beschäftigungsnachweises
und der obligatorischen Zimnung, sei nicht zu
denken, doch sei eine Interessenvertretung für das ge-
samte Handwerk in der Form von Handwerker-
kammern geplant.

Darob gerietten die Herren Zünftler schier aus dem
Häuschen. Sie arrangirten den sogenannten „Hand-
werkertag“, um im Namen des „deutschen Handwerks“
eine Protest- und Demonstrationstombödie in Szene zu
setzen. Die Blätter melden, etwa 1500 „Delegirte“ hätten
sich eingefunden gehabt. Sehr viele, wo nicht die meisten
dieser Herren werden sich wohl selbst „delegirt“ haben.
Es war ja so leicht, „Delegirtentarte“ für A. 1 zu
lofen und erwarb damit das Recht, an den Verhand-
lungen theilzunehmen. Dank dieser „vorzüglichen“ Ein-
richtung waren denn auch „so viele Delegirte“ erschienen.

Die „konservative und ultramontane Grabenzone lag
über dem „Handwerkertage“ ausgebreitet. Der Reichs-
tagabgeordnete Hahn begriffte denselben im Namen
der konservativen Reichstagsfraktion.
Der famose Erzhofprediger Stöcker war auch erschienen,
um eine Begrüßungsrede zu halten, in der er sagte: für
einen gewissen Stand (nämlich für die Arbeiter) ge-
schehe zu viel, für den Handwerkerstand gar
nichts!!! In „Handwerk“ erblicke er „das heftigste
Bollwerk gegen die Bestrebungen der Umsturzparteien“.
Die Forderung betr. die obligatorische Zimnung halte er
für durchaus berechtigt. „Natürlich, welche reaktionäre
Einrichtung soll der Stöcker nicht für berechtigt halten!
Die ultramontane Partei war vertreten durch den
Abgeordneten Hige. Er ermahnte die Zünftler, den
Muth nicht zu verlieren, die Zentrumsfraktion werde
ihnen „treu zur Seite stehen“.

So sind denn wieder die protestantischen noch die
katholischen Zünftler zu kurz gekommen.

Auch die staatliche Autorität war vertreten,
und zwar nicht nur in Gestalt zweier Beamten zur
Ueberwachung der Versammlungen: Regierungsrat
Messererschmidt begriffte Namens des Berliner
Polizeipräsidiums den „Handwerkertag“. Seine vorgeleitete
Behörde verfolgte die Verhandlungen des Handwerker-
tages mit größtem Interesse und erblickte ganz besonders
in dem Zusammenfluß der Zimnungsver-
bände, die zumest in Berlin ihren Sitz haben, einen
Gedanken von hoher nationaler Bedeutung.
Seine vorgeleitete Behörde gab sich der Hoffnung hin,
daß dieser nationale Gedanke immer weitere und festere
Gestaltung erhalten werde.

Woh tausend! Die Zimnungen und Zimnungsverbände
geriren sich da offen als politische Vereine, die nach
dem Gesetz sich strafbär machen und politisch auf-
zulösen sind, wenn sie mit einander in Ver-
bindung treten. Man erinnere sich, was die Orga-
nisationen der Arbeiter unter der rigorosen Aus-
legung und Anwendung dieser gesetzlichen Bestimmung
zu leiden haben. Und hier begründet ein Vertreter des
Berliner Polizeipräsidiums den Zusammenfluß
politischer Vereine, genannt „Zimnungen“, als ein Werk
von „hoher nationaler Bedeutung“. Eine
neue Illustration zu dem Kapitel „Rechtslosigkeit im
Rechtsstaate“.

Zimnungs-Obermeister Deutel, Berlin berichtet über
die Ergebnisse der „Handwerker-“ (richtiger Zünftler-)
Konferenz, welche in Berlin im Sommer des vorigen
Jahres stattgefunden hat. Er theilt u. A. mit:

daß der Vorsitzende seiner Konferenz, Staatsminister
v. Bötticher auf eine Anfrage des Abg. Viehl
(München) bemerkt habe, daß wohl selbstverständlich über
die Verhandlungen in der Öffentlichkeit nicht verhandelt
würde, bis der amtliche Bericht, wie beabsichtigt, an den
Kaiser erstattet sein werde. Der Vertreter des „Hand-
werks“ seien deshalb übergenommen, über das Er-
gebnis nach außen hin Stillschweigen zu bewahren.
Diese Diskretion sei gewissenhaft gewahrt worden, bis
sie in einer Zuschrift des Staatsministers v. Bötticher
an den Vorsitzenden des Zentralausschusses ausdrücklich
als aufgehoben angesehen worden sei. Das Hauptinteresse
in der Handwerkerkonferenz habe sich ganz erklarlich um
die Frage der Einführung des Beschäftigungsnachweises
gedreht. Unterstaatssekretär Dr. v. Rottenburg habe
bei Beginn der Berathung keinen Zweifel gelassen, daß
das Verlangen der Handwerker nach dem „Beschäftigungs-
nachweise“ bei der jetzigen Auffassung der Bundesregie-
rungen unbesriedigt bleiben würde. Der Vor-
sitzende der Konferenz, Staatsminister v. Bötticher, habe
nämlich gleich bei Beginn der Konferenz erklärt: daß
auf eine Umfrage die Regierung einer der größten
Bundesstaaten erklärte, daß seit Aufhebung des Be-
schäftigungsnachweises ein Rückgang in den Leistungen bei
der Ausführung von Staatsbauten überhaupt nicht ein-
getreten sei, bei Privatbauten im Allgemeinen auch nicht,
dagegen machte sich bei den letzteren vielfach die Speku-
lationswuth als ein Grund von minderwertigen Bau-
ausführungen geltend. Die Wiedereinführung des Be-
schäftigungsnachweises biete keine Gewähr für eine sach-
gemäße Ausführung der Bauten; der früher schon mit
den sogenannten Schachmeistern getriebene Unfug würde
wieder eintreten. Die Rückkehr zur obligatorischen Meister-
prüfung sei daher nicht zu empfehlen. Sämmtliche Bundes-
regierungen hätten sich zur Frage geäußert und die über-
wiegende Mehrzahl hätte sich ablehnend ausgeprochen.
Natürlich habe diese Rede des Vorsitzenden auf die Dele-
girten des „Handwerks“ niederschlagend gewirkt
und die größte Unzufriedenheit erregt.

Natürlich; Zünftler dürfen unzufrieden sein, wenn
ihrer Annahme und Ueberhebung nicht genügt
wird. Die Pflicht, unter allen Umständen „zufrieden“
zu sein, haben nur die Arbeiter. Der Herr Ober-
meister meint weiter: daß die Handwerker bei einer
dauernden Aufrechterhaltung ihrer berechtigten Forderungen
an die Gesetzgebung massenhaft in das sozial-
demokratische Lager übergehen würden.
Die Handwerker seien nicht länger geneigt, für die Groß-
industrie Arbeiter zu züchten, ohne je selbst die Aussicht
auf eine Hebung des Standes und Besserung der
materiellen Lage zu haben. Unterstaatssekretär Dr.
v. Rottenburg erwiderte: „Dann mögen die Handwerker
immerhin Sozialdemokraten werden.“
Die Versammlung war darob in hohem Grade „sittlich
enttäuscht“; sie rief „Psst!“. Ach, diese armen Zünftler!
Ehngst, seit vielen Jahren, steht die Masse der
Handwerker im sozialdemokratischen Lager,
besonders in den Hauptstädten, sowohl die Gesellen-
schaft wie die Majorität der Kleinen selbst.
Händigen Gewerbetreibenden. Die Drohung
mit dem „Uebertritt“ in das sozialdemokratische Lager
ist eine Ueberheit, und wenn Herr v. Rottenburg
diese Drohung nicht ernst nahm, so hatte er Recht
und Bewies damit, daß er ganz gut weiß, welche Massen
von Handwerkern bereits zur Sozialdemokratie sich
befonnen.

Ein Hauptinteresse der Versammlung konzentrierte
sich auf folgenden Breslauer Antrag: „In Anbe-
tracht, daß auf dem hieher bezüglichen Wege die berechtigten
Forderungen und Ziele des Handwerks nicht zu erreichen
sind, erscheint es geboten, daß dieselben fernerhin durch
eine direkte Vertretung des Handwerks in den gesetz-
gebenden Körperlichkeiten verfolgt werden und beschließt
der Allgemeine deutsche Handwerkerkongress demgemäß: un-
abhängig von einer etwa zu beschließenden Umgestaltung
der Zimnungen eine selbstständige Handwerker-
partei zu gründen und dementsprechend bei den Wahlen
zu den gesetzgebenden Körperlichkeiten, unter Berücksichtigung
der dem Handwerk freundlich gesinnten Parteien, thunlichst
eigene Kandidaten aufzustellen; in jedem Falle aber
nur einem Kandidaten die Stimme zu geben, der sich
bindend auf das Handwerkerprogramm verpflichtet.“

Dieser Antrag wurde durch die Annahme eines
anderen, von Nagler, München gestellten, beseitigt,
welcher lautet: „Der deutsche Zimnungs- und Handwerker-
kongress beschließt, angesichts der politischen Konstellation,
zur Zeit auf die Gründung einer eigenen
Partei. Er betrachtet es, in Konsequenz der Reichs-
tagssitzung vom 21. November 1891, als im Interesse
des Handwerks am besten gelegen, bei den Wahlen mit
aller Entschiedenheit für die konservative und
Zentrumspartei einzutreten, in Bezirken, wo
solche Kandidaten fehlen, jedoch die Auffstellung eigener

Handwerkerkandidaten vorzunehmen, oder sich gänzlich
der Stimme zu enthalten.“

Wird nicht verhindern, daß immer mehr Handwerker
der Sozialdemokratie sich anschließen. Angenommen
wurde eine von Viehl, München vorgeschlagene Reso-
lution, welche erklärt, daß mit Entschiedenheit an dem
Beschäftigungsnachweise festzuhalten und seine gesetzliche
Einführung „mit vollem Nachdruck“ zu erstreben sei.

Auch die Konsumvereine, die liberale
Gesetzgebung, Sonntagruhe, Hausir-
handel und Kaufwindel wurden wieder ein-
mal diskutirt. Der Schreiber-Obermeister Schreiber aus
Halle rief in die Versammlung hinein: Einer der größten
Vreischäden für das Handwerk ist die Zugsfrage:
„Sie muß gelöst werden.“ Man sieht, Stöckerian-
mus und religiöse Duldsamkeit machen Schule.

Der Generalsekretär des Zentralausschusses der ver-
einigten Zimnungsverbände Deutschlands, Schulz, Ber-
lin, trat für die regierungsfreie geplanten Hand-
werkerkammern ein und befürwortete eine Reso-
lution, in der es heißt: „Nur die organische Weiterbil-
dung und gesetzliche Ausgestaltung des Titels VI. der
R.G.O. vermag dem deutschen Handwerkerstande zu
einer seine wünschenswerthe Existenz genügend sichern.
Diese Organisation zu verbessern. Zu diesem Behufe sind
zu fordern: 1) die Bildung sachlicher Zimnungsschulen
für die einzelnen Gewerbe. Ist nach Möglichkeit zu er-
leichtern; 2) die Zimnung erhält einen obligatorischen
Charakter für alle Gewerbetreibenden, welche Lehrlinge
halten wollen, sie bleibt faktisch für alle Berufsgenossen,
welche Lehrlinge nicht halten wollen, erfüllt aber auch
für diese den obligatorischen Charakter, insofern es sich
um die Aufbringung der Kosten der Zimnungsrichtungen
handelt; die sämmtlichen Zimnungsstellen werden nach
Maßgabe des Umfangs der einzelnen Gewerbebetriebe
aufgebracht; 3) Bedingungen für das Recht des Lehr-
lingshaltens sind, abgesehen von den Bestimmungen der
Gewerbeordnung, a. die Zurücklegung einer ordnungs-
mäßigen Lehrgeld, b. die Ablegung einer Gesellenprüfung
vor einer Zimnung; auch Fabrikarbeitern muß
die Gelegenheit geboten sein, die Ge-
sellensprüfung abzulegen; c. die mehrjährige
Beschäftigung als Geselle in dem Handwerk, in welchem
man das Recht des Ausbildens von Lehrlingen erwerben
will, d. die Ablegung einer Meisterprüfung, sowie e. der
schriftliche Abschluß der Lehrverträge vor der Zimnung,
f. die Entziehung des Rechtes zum Lehrlingshalten unter
gewissen Voraussetzungen durch die Zimnung. Der
Meistertitel ist gesetzlich zu schützen und
seine mißbräuchliche Föhrung unter
strenge Strafe zu stellen. Der Zimnungs-
schutz vereinigt Zimnungen gemäß § 102 der Reichs-
Gewerbeordnung hat Korporationsrechte. Die in den
Bezirken seiner Wirksamkeit vorhandenen Zimnungen
müssen ihm angehören, sobald die Majorität derselben
die Mitgliedschaft bei ihm erworben hat. Diefem steht
die Beaufsichtigung der Zimnungen im Rahmen des
Statuts zu.“

Schneidermeister Fackauer, Köln warnt vor
Annahme dieser Resolution, die nichts sei, als ein Ver-
zögerungsmittel für den verweigereten Beschäftigungs-
nachweis.“ Die Versammlung hielt es mit dem Be-
unruhigungsbaftus; sie ging über die Reso-
lution zur Tagesordnung über.

Der bekannte Zünftler, Malermeister Vogt, Hamburg,
welcher vor zwei Jahren über jedem Fabrikhändlein
das „rotte Geplänzl“ schweben sah, griff in langer Rede
die Regierung wegen des Ablehnens des Be-
schäftigungsnachweises an. Die Hamburger Hand-
werker werden die Sache sich noch einmal eine Zeit lang
mit ansehen, und wenn es dann nicht wird, ebenfalls
für die Aufösungen der Zimnungen stimmen. In Ham-
burg, wo die Zimnungen am besten ausgebildet sind,
haben dieselben doch nicht verhindern können,
daß drei Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt
worden sind.“

Mal Herr Vogt glaubt nicht mehr, daß die Zimnungen gegen
die Sozialdemokratie etwas nützen. Wir gratuliren ihm
zu diesem Fortschritt in der Erkenntniß.
Mehrere Anträge, betreffend die Auflösung der
Zimnungen führten zu stürmischen Debatten und
wurden schließlich abgelehnt. Charakteristisch ist ein
weiterer angenommener Antrag: „dahin zu wirken, daß
den Zimnungen die politische Anmeldung
ihrer Versammlungen überall gleichmäßig
erlassen werde.“ Als ob dazu irgend eine Behörde
befugt wäre! Das Gesetz entscheidet und nicht die be-
hördenliche Willkür.

Wiel Zeit wurde auf die Erörterung der sogenannten
„Reformvorschlüge“ für das Handwerk ver-
schwendet. Dabei wurde eine von Nagler, München
eingebrachte Resolution folgenden Wortlauts angenommen:
„Der Handwerkerkongress begrüßt die seitens der Reichs-
regierung endlich in Aussicht gestellte Berücksichtigung

eines Theiles der langjährigen Forderungen des deutschen Handwerks. Im Interesse der Erhaltung des deutschen Handwerkerstandes muß er jedoch so lange an allen seinen früheren Beschlüssen festhalten, bis die gesetzlichen Maßnahmen der Reichsregierung in einer den Wünschen des Handwerks entsprechenden Weise der Realisierung zugeführt sind. Demzufolge hält der deutsche Handwerkerstand hinsichtlich der Konsumvereine, der Gewerkschaften, der Abzählungsgesellschaften und des Hausierhandels die seitens der Handwerkervertreter in der bekannten Konferenz der verbündeten Regierungen geschachten Vorschläge mit Entschiedenheit aufrecht. Bezüglich der Regelung des Submissionswesens bleibt der Handwerkerstand auf seinem beim zweiten deutschen Innungstage gefassten Beschlusse stehen. Der Handwerkerstand spricht der Reichsregierung gegenüber das Vertrauen aus, daß sie die in der Reichstagskammer vom 24. November 1891 gegebenen Versprechungen in schärfster Weise in Echten umsetzen werde. Der Handwerkerstand dankt dem Reichstag, daß die verbündeten Regierungen den Wünschen des deutschen Handwerks nach schärferen Bestimmungen gegen den Kontraktbruch der Arbeiter Rechnung tragen wollten, spricht sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß vom Reichstage diesem Gesetzesvorschlage keine Folge gegeben wurde und hält deshalb nach wie vor an seinen auf dem zweiten deutschen Innungstage zu Berlin gefassten Beschlüssen fest, in der Erwartung, daß die verbündeten Regierungen eine derartige Gesetzesvorlage erneut dem Reichstage unterbreiten werden.

Angenommen wurden ferner zwei Resolutionen, welche sich für Ausdehnung der Unfallversicherung auf das ganze Handwerk und für eine Reform des Krankenversicherungswesens aussprechen.

Generalsekretär Dr. Schulz, Berlin, empfiehlt die Ausbildung des Genossenschaftswesens im Handwerk. Es sei notwendig, daß die Innungen zu einer Organisation werden, welche Arbeit und Kapital im Bunde repräsentieren, damit die wirtschaftliche Dynamik des Handwerks im Konkurrenzkampf mit einem übermächtig gewordenen Großkapital aufhöre. In erster Linie sei es notwendig, daß die Innungen auf unmittelbare Geschäftsverhältnisse ihrer Mitglieder hinwirken. Es werde sich auf diesem Wege naturgemäß aus der fakultativen Innung die obligatorische Innung entwickeln. Die Innungen müssen verlangen, daß die Reichsbank die gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebe der Innungen für Rohstoffbezug, Magazin und Bazarwesen, verlässliche Baaren, also wirtschaftliche, zweifelloste Werte, beleihe. Es sei weiter notwendig, daß die Innungen an sich sogleich Organisationen für verbesserter Bankkredit erhalten, als unerlässliche Grundlage für die Diskontierung der Handwerkerwechsel durch die Reichsbank. Dafür sei es wieder notwendig, daß sich die Innungen einer leistungsfähigen Zentralbank als eines nach der jetzigen Bankordnung unentbehrlichen Mitgliedes zwischen Reichsbank und Innung bedienen. Als eine solche Zentralbank für das Innungswesen solle den mit dem Zentralausschuß erfolgten Vereinbarungen die Deutsche Zentralgenossenschaft in Berlin ausgebaut werden. Der Redner empfiehlt im Weiteren, für gemeinschaftlichen Rohstoffbezug eine Zentralstelle zu schaffen. Ferner empfiehlt der Redner die Bildung einer Versicherung gegen Geschäftsverluste, die Bildung eines Bureaus für Weiterbildung aussehender Forderungen, für Rathherheilung und Mithilfe bei Einrichtung gemeinschaftlicher Geschäftsbetriebe. Er erludt, folgender Resolution zuzustimmen: „Der Deutsche Innungsausschuß der Handwerker begrüßt es freudig, daß der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands organisatorische Einleitungen zum praktischen Ausbau der Innungen durch Einrichtung gemeinschaftlicher Geschäftsbetriebe für Bankkredit, Rohstoffbezug, Magazin und Bazarwesen usw. getroffen hat; er billigt alle dieserhalb geschiedenen Maßregeln, namentlich die Vereinbarung mit der deutschen Zentralgenossenschaft zu Berlin, und er richtet hierdurch nicht nur an die deutschen Innungen, sondern auch an alle Freunde des Innungswesens die dringende Bitte, jene und alle ferneren Maßregeln des Zentralausschusses und der deutschen Zentralgenossenschaft für den genannten Zweck kräftig zu unterstützen.“ — Der Präsident der deutschen Zentralgenossenschaft, Geheimrath Oberregierungsrat Freyherr Dr. v. Droich äußerte sich in ähnlichem Sinne.

Man sieht, Herr Dr. Schulz entwickelte das selbsthätige Programm seines fortschrittlichen Namensvetters aus Delitzsch. Damit kam er aber bald an Schneidermeister Müller. Dortmund wandte sich entschieden gegen diesen Antrag.

Es komme ihm vor, als wolle man den Teufel mit Besenknäueln austreiben. Man wolle jetzt etwas einführen, was man bisher stets bekämpft habe. Auf der einen Seite bekämpfte man das Konsumwesen und nun wolle man es selbst einführen. Wenn Seitens der Innungen

Genossenschaften, Bazarwesen gegründet seien, dann habe man kein Recht mehr, derartige Einrichtungen zu bekämpfen. Man dürfe doch nicht vergessen, daß man dadurch die Kleinrenten ganz außerordentlich schädliche ja geradezu ruinire. Die Handwerker ruiniren damit also selbst den Mittelstand. Ob sich die Verkaufsläden, die errichtet werden sollen, lebensfähig erweisen würden, sei doch auch sehr fraglich. Die Handwerker wollten die Staatskasse, aber nicht im Sinne der Sozialdemokratie, sondern nur dadurch, daß der Staat Gesetze zum Schutze des Handwerks mache. Der empfohlene Weg führe zweifellos zum Sozialismus!

Schutz. Delitzsch, daß Du diesen Triumph zünftlerischen Geistes nicht mehr erleben konntest!

Auch Tischlerobermeister Heinze, Hannover und Abg. Wildhafer Viehlf. München erklärten sich gegen die Resolution. Schuhmachermeister Salge, Hannover führte aus, er sei seit zwanzig Jahren im Genossenschaftswesen thätig und habe die Erfahrung gemacht, daß für den Handwerkerstand nicht viel dabei herauskomme. Wenn man schon Genossenschaften bilden wolle, dann müsse man sich auf die Gründung von Darlehenskassen und Rohstoffvereinen beschränken. Mit Verkaufsgenossenschaften haben die Handwerker zumest schlechte Erfahrungen gemacht.

Das stimmt, aber noch schlechtere Erfahrungen werden die Handwerker mit dem Innungsräumlichen machen.

Vieles die hauptsächlichsten Leistungen der Zünftler. Die Welt geht über dieselben zur Tagesordnung über. Daran kann auch der dem sogenannten „Handwerkerstage“ gewidmete Artikel der „Baugewerks-Zeitung“ nichts ändern, welcher mit folgenden Worten schließt:

„Lange ist der Handwerkerstand das Aushenbrüdel gewesen, was, gebulbige Last auf Last der sozialen Gesetzgebung auf sich nehmend, seitwärts gestanden und zugehört hat, wie die zerstückenden Elemente im Staatskörper eine Position nach der anderen genommen haben. Auch noch ferner den breiten Mittelstand zu übergehen und zu übersehen, dürfte nicht gut thun, denn wenn auch das Deutsche Reich fest genug gezimmert ist, um vorläufig noch allen inneren und äußeren Stürmen zu begegnen, so soll man doch die, welche stets die kleinen aber doch sicheren Stützen gewesen sind, auf welchen der Staat nicht zum wenigsten ruht, nicht von sich stoßen. Kapital und Großindustrie auf der einen Seite, sozialdemokratische Arbeiter auf der anderen geben nicht immer das rechte Gleichgewicht.“

Wenig nicht! Ueberhaupt nicht! Aber nur ein Thor kann glauben, daß die Zünftler das „richtige Gleichgewicht“ herzustellen vermögen. Zwischen Kapital und Arbeit giebt es kein Gleichgewicht. Und was ist das wirkliche Handwerk, welches nicht durch Innungsproben repräsentirt wird, anderes als Arbeit?

Es ist noch nachzutragen, daß — „Ende gut alles gut“ — gegen Schluß der Verhandlungen die Abgg. Prinz v. Krenberg, Frhr. v. Mantuffel, sowie mehrere andere, konervative und Zentrumsaufgeordnete erschienen. Frhr. v. Mantuffel begrüßte die Versammlung im Namen der konservativen Reichstagsfraktion. „Es stehen den Handwerkern zwei Reichstagsfraktionen, die nicht ganz ohnmächtig seien, treu zur Seite. Die Handwerker mögen daher nicht verzagen, wenn es auch nicht immer nach Wunsch gehe. Die Sozialdemokraten wissen sehr genau, daß die organisierten Handwerker ihre größten Feinde seien. Die Handwerker bilden neben dem Christenthum das festeste Bollwerk des heutigen Staates. Deshalb hoffe ich, daß wir in Gemeinschaft mit den Handwerkern marschiren und auch siegreich schlagen werden.“

O, Herr v. Mantuffel! Wenn auch etliche bornirte Zünftler Gefallen finden an der konservativen und ultramontanen „Handwerkerfreundschaft“, — die Masse der deutschen Handwerker pfeift darauf und wird sich nie zur schwarzgrauen Brüderlichkeit bekennen. Und die Sozialdemokratie? Nun, die hat keine Ursache das zu fürchten,“ was Herr v. Mantuffel „Organisation des Handwerks“ nennt!

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

Bei der Bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft gelangen im Jahre 1891 insgesamt 3041 Unfälle zur Anzeige. Davon hatten 86 den Tod, 721 Erwerbsunfähigkeit unter 13 Wochen und 2284 Erwerbsunfähigkeit über 13 Wochen zur Folge. Immerfort müssen die Krankenkassen der Arbeiter für den weitaus größten Theil der Unfälle aufkommen, die doch von Rechts wegen sammt und sonders den Unternehmern zur Last fallen sollten.

Eine schwere Krise ist in der deutschen Metallindustrie ausgebrochen, die sich besonders in Berlin recht fühlbar macht. Viele der ältesten und bekanntesten Fabriken sind ohne Aufträge und arbeiten mit einer gegen frühere Jahre auf die Hälfte, ja bis auf ein Viertel verkleinerten Arbeiterzahl. In

Betrieben, in denen Entlassungen von Arbeitern in solchem Umfange nicht gut möglich sind, ist die Arbeitszeit seit Monaten von täglich 10 auf 8, 6, ja 4 Stunden reduziert. Dieselben Leute, die gelegentlich der vorletzten Waffener über die von den Arbeitern angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit in einen wahren Tumult der Wuth geriesen und einen förmlichen Hergabstich von Verfolgungen und Maßregelungen inszenierten, weil Arbeiter es gewagt hatten, ohne Erlaubniß ihrer „Vorsherren“ einen Feiertag zu begehen, werden jetzt die Arbeiter zu Tausenden auf das Pfahler und verkürzen die Arbeitszeit und damit das Einkommen ihrer Arbeiter. Dabei werden noch heute von dem bekannten schwarzen Kabinett Arbeiter boykottirt, deren einziges Vergehen darin besteht, daß sie bereits vor Jahren für eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, also für eine Maßregel eingetretten sind, welche geeignet ist, die aller schlimmsten Auswüchse des kapitalistischen Wirtschaftsgetriebes wenigstens bis zu einem gewissen Grade zu beseitigen. Was aber die Krise in der Metallindustrie diesmal zu einer ganz besonders schweren macht, ist der Umstand, daß verschiedene Fabriken bereits vor Jahren für ihr spezielles Fabrikat keine Abnehmer mehr fanden, und sich zur Ausschüttung der Waffenfabrikation warfen. Nun haben jedoch unsere Militärschritte als Besteller von Waffen aus triftigen Gründen ein großes Interesse an der schnellsten Fertigstellung neu erfindener Wordinstrumente. Steht die Konstruktion der letzteren erst endgültig fest, so ergießt sich eine Hochfluth von Bestellungen, von der jeder an den Submissionsnehmende Unternehmer so viel in seinen Taschen zu leiten trachtet, wie nur möglich. Ist dies gelungen, dann beginnt ein wildes Hasten, Tag und Nacht wird mit fiebriger Eile gearbeitet, bis nach kurzer Zeit alle Aufträge ausgeführt sind und eine vollständige geschäftliche Ebbe eintritt. In welcher Weise bei Uebersättigung von Waffen, Waffen- und Munitionstheilen, also bei dem Staat bezogener Arbeit, gearbeitet wird, davon kann sich der Nichtfachmann nur schwer einen Begriff machen.

„Einen „guten Rath“, dem Handwerker wieder „anzuhelfen“, ertheilt die Braunschweiger „Landeszeitung“. Sie schreibt:

„Ein großer Uebelstand, unter dem vorzugsweise das Handwerk leidet, ist die Forderung von Arbeiten auf Borg. Während wir gewohnt sind, die meisten Bedürfnisse des täglichen Lebens baar zu bezahlen, erscheint es allgemein ganz selbstverständlich, daß Schneider und Schuhmacher borgen müssen. Ja, in vielen Fällen ist es dem Handwerker sogar erwünscht, wenn er zu einem gewissen Zeitpunkt eine größere Summe Geldes einkassiren kann, um die bezogenen Baaren damit bezahlen zu können. Wie oft aber täuscht den Handwerker diese Berechnung! Oftmal wird er mit der Bezahlung weiter vertrödel, oft aber auch hat er das Nachsehen oder noch obendrein Zurückstellungen wegen seines Mahnens einzuflehen. Selbist es aber dem Handwerker nicht, von seinen Ausständen so viel zusammenzubringen, daß er seine Lieferanten bezahlen kann, dann ist er sehr oft genöthigt, Geld zu hohen Zinsen aufzunehmen, wodurch natürlich der Verdienst seiner Arbeit erheblich vermindert wird. Unter der vielen zu unserer Kenntniß gelangten Fällen greifen wir nur einen heraus, wo ein Handwerker von 250 ausgerechneten Rechnungen binnen 14 Tagen nicht eine einzige bezahlt erhielt! Eine gründliche Umkehr zu gesunden Verhältnissen wäre endlich einmal an der Zeit. Würden die Handwerker sich zusammenschließen und die Abschaffung oder Beschränkung des jetzigen Borgsystems beschließen, so würden bald bessere Verhältnisse im Handwerk Platz greifen.“

Ohne Zweifel, das Borgsystem ist ein Uebelstand, unter dem der Handwerker schwer zu leiden hat. Aber Thorheit ist es, zu glauben, daß das Borgsystem aus der bestehenden Wirtschaftsordnung überhaupt auszumergen ist. Würden die Handwerker den ihnen vor die „Landeszeitung“ ertheilten Rath befolgen, so würde damit nicht eine „Hebung“ des Handwerks, sondern dessen weiterer Ruin herbeigeführt werden. Zutreffend weiß der „Braunsch. Volksr.“ darauf hin, daß die Handwerksmeister und Kleingewerbetreibenden überhaupt ihre Kunden, oder doch die Mehrzahl derselben, hauptsächlich durch das Borgsystem haben. Würden sie also das Borgsystem abschaffen, so wäre die Folge davon die, daß eine große Anzahl der Kunden fortbleiben würde. Letztere würden, um in den Besitz eines Gegenstandes zu gelangen, entweder so lange warten, bis das nöthige Geld dazu angesammelt wäre und dann würden sie einfach ihre Bedürfnisse, weil billiger, in einem großen Geschäft einkaufen, oder sie würden die gerade von den Handwerksmeistern und Kleingewerbetreibenden so sehr gehabten Abzählungsgeschäfte noch mehr unterstützen. Kurz, durch Abschaffung des Borgsystems würden diese Leute den Ut — freilich ein dürrer — abgeben, auf dem sie mit knapper Noth noch sitzen. Das Handwerk gehört der Vergangenheit an und alle Quacksalbererlei mischamt dem Innungsräumlichen können nichts daran ändern; unter Umständen wird der Untergang desselben dadurch nur noch mehr beschleunigt. Für die Betroffenen ist dies sicher eine traurige Thatfache und eine bittere Wahrheit, aber der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung hat nun einmal das Kleingewerbe zum Untergang verurtheilt.

Sozialpolitisches aus dem Reichstage.

Die Reichstagsdebatten der letzten Zeit, seit der zweiten Woche dieses Monats, drehen sich vorwiegend in einer das allgemeine Interesse in Anspruch nehmenden Weise um die verschiedensten sozialpolitischen Fragen. So zunächst bei denjenigen Titeln des Etats des Reichsanwalts des Innern, welche die Alters- und Invaliditätsversicherung und das Reichsversicherungswesen betreffen, also auch die Unfallversicherung.

Die „schöpferische“ Periode der gouvemenentalen Sozialpolitik ist mit der „Körung des Gebäudes der Sozialreform“, d. h. mit Errichtung der Alters- und

Invaliditätsversicherung, zu Ende gegangen; jetzt kommt die Periode der Flidareil. Das „holze“ Gehäude zeigt überall die bedenklichen Schäden und Mängel...

Die allseitige Anerkennung, daß sowohl die Unfallversicherungsgesetze — denn es giebt eine ganze Serie derselben — als auch das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz in hohem Grade verbesserungsbedürftig sind...

Der Reichstag hat zu den Alters- und Invalidenrenten im Jahr 1892/93 veranschlagt auf M. 8213 878, mehr gegen das Vorjahr 3 Millionen Mark.

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu eruchen, noch im Laufe der gegenwärtigen Session einen Gesetzentwurf, betreffend die Veränderung des Unfallversicherungsgesetzes vorzulegen...

- 1) den § 5 Abs. 2 Nummer 2 des Gesetzes dahin zu ergänzen, daß die Zahlung der Rente an Verletzte nicht erst mit dem Ablauf der 13. Woche nach Eintritt des Unfalls, sondern von dem Tage der Beendigung des Heilverfahrens an zu erfolgen hat;
2) dem § 6 die Bestimmung hinzuzufügen: daß im Falle der Tödtung eines Versicherten, welcher bereits infolge eines früher erlittenen Unfalls Rente bezogen, die Berechnung des den Hinterbliebenen zu gewährenden Sterbegeldes und der Rente nicht nur nach dem Arbeitsverdienst, den der Getödtete im letzten Jahre gehabt hat, sondern unter Zugrundelegung dieses Arbeitsverdienstes und der bezogenen Rente zu geschehen hat;
3) die in den Straf- und Gefangenenanstalten als Arbeiter beschäftigten Gefangenen in die Reihe der durch dieses Gesetz gegen Unfälle versicherten Personen aufzunehmen;
4) den Strafbestimmungen Vorchriften hinzuzufügen, nach denen Betriebsunternehmer und deren Angestellte, welche die ihnen auferlegte Beitragspflicht auf die versicherten Arbeiter abwägen, in Strafe genommen werden.

Dieser Antrag wurde vom Abg. Grillenberger in trefflicher Rede begründet: Seine Ausführungen fallen wir in Folgendem kurz zusammen:

Der vorliegende Antrag stimmt im Wesentlichen mit einem am 1. November 1889 gestellten überein. Die Verbesserung des Unfallversicherungsgesetzes ist dringend notwendig. Ich wiederhole, was ich schon früher mehrfach betonte, daß dies Gesetz keineswegs den großen Nutzen für die Arbeiter brachte, den man davon erwartete. Vor zwei Jahren sagte Herr v. Bötticher, in der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz werde Abhilfe geschafft werden. Es ist aber zunderrst ungerath, den Krankenlassen Lasten zuzuwenden, welche eigentlich die Berufsgenossenschaften zu tragen hätten; außerdem ist aber auch die in der Novelle gegebene Abhilfe nicht genügend, denn zum Theil sind die Bestimmungen recht unklar gehalten und können zu späteren Projekten Anlaß geben...

u. A. die Ausfuhr der Vorkurser, die Ausfuhr der Vorkurser. Die Landesversicherungsämter ferner, die man als eine Konzeption an den Fortschrittismus des Zentrums eingerichtet hat, sollten abgestrichen werden, da ihre Auslegung des Gesetzes sich vielfach im Widerspruch befindet mit derjenigen des Reichsversicherungsamts...

Das Reichsversicherungsamt hat zu den Alters- und Invalidenrenten im Jahr 1892/93 veranschlagt auf M. 8213 878, mehr gegen das Vorjahr 3 Millionen Mark. Der Reichstag hat zu den Alters- und Invalidenrenten im Jahr 1892/93 veranschlagt auf M. 8213 878, mehr gegen das Vorjahr 3 Millionen Mark.

Zu dem „Rebese“ bemerkte der Redner: In letzter Zeit wird von einzelnen freisinnigen Kreisen eine weit verzweigte Agitation für die Aufhebung dieses Gesetzes in die Wege geleitet. Wir sind von dem Gesetz nicht enttäuscht, aber es wegen seiner Fehler aufheben zu wollen, das ist nicht unsere Meinung. Nicht das Markenbrot und das Kleben misfällt ihnen, sondern der Grundgedanke, der sich schon mehr dem von uns vertretenen Sozialismus annähert.

Die Arbeiter sind der Meinung, daß die Rente bei nicht völliger Arbeitsunfähigkeit jetzt nicht in einer den Forderungen der Billigkeit entsprechenden Form gegeben ist. Was den zweiten Punkt unseres Antrages anlangt, so haben wir auch dafür Spezialfälle vorgebracht; wenn ein Arbeiter einen Unfall erleidet, so daß er nur die Hälfte seines Normalverdienstes erwerben kann, und bei einem zweiten Unfall stirbt, so wird jetzt die den Hinterbliebenen zu zahlende Rente nur nach dem letzten Arbeitsverdienst berechnet ohne Zurechnung der nach dem ersten Unfall ausgebliebenen Rente. Der Einwand, daß diese Berechnung zu schwierigen Berechnungen zwischen den einzelnen Berufsgenossenschaften führen würde, ist nicht stichhaltig; denn erlassen würden solche schwierige Berechnungen nur selten vorkommen, und zweitens muß sich doch auch ein anderer Ausweg finden lassen, wenn man nur den guten Willen hat, Abhilfe zu schaffen...

füßigen Rente zufrieden sind. Wollen Sie die verschiedenen Bevölkerungsklassen verstehen, dann verbieten Sie das Gesetz und handhaben es besser.

Der Regierungsvorsteher, Staatssekretär v. Bötticher fand sich mit dieser wichtigen Kritik dadurch ab, daß er erklärte, den Ton in welchem Grillenberger gesprochen, nicht sonderlich aber zu nehmen. Letztens meinte er, die betreffenden Versicherungsgehalte brähten ja allerdings Unbequemlichkeiten mit sich, aber im allgemeinen hätten sie in der Praxis sich doch bewährt. Was die Frage der Reform der Unfallversicherungsgesetze anlangt, so sei ein Gesetzentwurf ausgearbeitet über die Ausdehnung dieses Gesetzes auf alle diejenigen Berufskreise, auf welche dasselbe nach der Ueberszeugung der Regierung ausgedehnt werden muß, um dem sozialpolitischen Bedürfnisse zu genügen. Dieses Gesetz werde gleichzeitig auf alle diejenigen Mängel und Klagen abzustellen, welche bisher nach der Meinung der Verwaltung begründeter Weise gegen das zur Zeit geltende Unfallversicherungsgesetz erhoben worden sind.

Diese Behauptung des Regierungsvorstehers rief den heftigsten Widerspruch der Sozialdemokraten hervor. Herr von Bötticher verlangt das „Beweismaterial“ und führt fort:

Das Verlangen einer höheren Rente für die Hinterbliebenen im Falle der Tödtung eines Versicherten, welcher bereits Rente bezog, ist deshalb bedenklich, weil der zu gewährenden höheren Rente gar kein Äquivalent gegenübersteht; ein gewisser Billigkeitsanspruch ist aber anzuerkennen. Der Herr Vorredner wünscht eine Aufhebung der Landesversicherungsämter, er hat dafür aber nur eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Reichsversicherungsamt und dem sächsischen Landesversicherungsamt angeführt; ich kann ihm die Versicherung geben, daß mir die Landesversicherungsämter nicht eingeführt haben, um dem Zentrum einen Gefallen zu thun, sondern um den Interessen der Versicherten zu dienen. Zu Unzutraglichkeiten haben diese Institutionen bisher nicht geführt. Die Landesämter stehen in voller Harmonie mit dem Reichsversicherungsamt und den Wünschen nach Befriedigung der Arbeiter habe ich heute zum ersten Male vom Abgeordneten Grillenberger gehört.

Man hat aus dem böse beleumdeten Markenbrot eine Menge von Stoff für die Bäckung des Unzufriedenheitsbrotzins hergeleitet. Das Gesetz selbst giebt in § 112 das Mittel an die Hand wie man um das Markenbrot herumkommt. Wenn eine Gemeinde findet, daß ihre Angehörigen durch das Kleben zu sehr belastet werden, so steht nichts im Wege, daß sie beschließt, ihren Bürgern das Kleben abzunehmen. In ganzen Landestheilen, ich erinnere an Baden, ist das bereits geschehen; ich empfehle, daß da wo das Kleben wirklich zu Unzutraglichkeiten führt, von der Fakultät des § 112 Gebrauch gemacht wird.

Unter Zustimmung der Sozialdemokraten richtete Herr von Bötticher an die Prinzipiellen Vragen der Alters- und Invaliditätsversicherung folgende Worte:

„Daß das Gesetz verbesserungsbedürftig und auch fähig ist, erkenne ich bereitwillig an. An eine Aufhebung kann aber nicht gedacht werden. Sie können doch nicht verlangen, daß 11 Millionen Arbeiter, welche von den Vorschriften des Gesetzes einen Nutzen ziehen und gewissermaßen daher einen Anspruch erworben haben, auf einmal dieser Vortheile beraubt gehen sollten. Sie werden niemals einen Gesetzgeber dafür bringen, daß er einen solchen Schritt thut.“

Die Berliner „Volkzeitung“, welche leider seit einiger Zeit großes sozialpolitisches Verständniß dazu zu sein scheint, neigt zu dieser Debatte:

„Die große Mehrheit des Reichstages steht mit den Regierungen ein für das Invaliditätsgesetz, freilich auf sehr verschiedenen, ja entgegengesetzten Gründen. Die rechtsstehenden Parteien betrachten das Gesetz als ein werthvolles Kampfmittel gegen die Sozialdemokraten, und die Sozialdemokraten halten es hoch als die wirksamste Propaganda für ihre Ideen. Wer von beiden hat wohl Recht? Unzweifelhaft die Letzteren; die einseitig durch den Reichstagspräsidenten für sozialistisches Prinzip anerkannt, andererseits durch die wachsende Unzufriedenheit mit fast allen Bestimmungen des Gesetzes ihrer Klasse auf der linken Seite in Bestrebungen genährt sehen, also doppelten Vorteil einheimeln. Wenn endlich die Schuppen von den Augen der Regierungen und der Reichstagsmehrheit fallen werden, dürfte es leider, wie bei dem Sozialistengesetz, zu spät sein.“

„Also die „demokratische“ Berliner „Volkzeitung“ auch im Lager der demagogischen Helfer. Zu seinem Vortheil hat sich das Blatt damit nicht geändert!“

Bewerkschaftliche Angelegenheiten.

Gegenüber dem frechen Auftreten von Streikbrechern rath die „Schwab. Lagerwoche“ den Arbeitern, sich um diese Leute nicht weiter zu kümmern, es solle um ihretwillen auch nicht ein braver Arbeiter auch nur eine Stunde im Gefängnis zubringen. Wir schließen uns diesem Rathe durchaus an und wollen nur noch bemerken, daß es zwar sehr schwierig ist, aber nichtsdestoweniger Pflicht der charaktervollen zielbewußten Arbeiter bleibt, das Unwesen der Streik-

brecherei durch überzeugende Aufklärung jener Arbeiter einzubringen, die sich dem Kapital zu folgendem entwürdigenden Dienste zur Verfügung stellen.

Der Deutsche Tischlerverband plant einen allgemeinen Streik. Diese Nachricht hat kürzlich das Heroldische Telegraphenbureau in die Welt gesetzt. Der Vorstand in Stuttgart domizilierten Organisation theilt nun mit, daß diese falsche Nachricht wahrscheinlich mit einer am 31. Januar in Saarbrücken stattgehabten Versammlung der Schreinermeister in Verbindung zu bringen sein wird. Noch ein anderes Vorkommnis in dieser Versammlung, welches 38 Meister und ein Polizeikommissar betrafen, muß das höchste Ständen hervorgerufen. Der Polizeikommissar stellte nämlich der Versammlung die Liste der Saarbrücker Mitglieder des Deutschen Tischlerverbandes zur Verfügung. Diese Liste wurde gelesen und die Versammlung beschloß dann, daß sämtliche Mitglieder des deutschen Tischlerverbandes gefändigt werden sollte. Insofern sie nicht aus demselben austritten. Selbstredend sind die erforderlichen Schritte gegen den Polizeikommissar sofort eingeleitet. Der preussische Minister des Innern wird auf dieses unerhörte Vorkommnis hin hoffentlich nicht verfehlen, sämtliche Polizeibehörden zur strengsten Verschwiegenheit hinsichtlich solcher amtlich erlangter Kenntnisse Dritten gegenüber mit dem erforderlichen Nachdruck zu veranlassen.

An die Maurer Deutschlands

richtig im Berliner Bauhandwerker, Herr Fr. Emmer, zu Giebichenstein bei Halle a. S. einen Aufruf. Herr Emmer beifit die Unpopulärität, sich als Vertrauensmann der deutschen Maurer zu bezeichnen. Bekanntlich hat eine Konferenz der Anhänger der sogenannten Berliner Richtung sich den obigen Scherz gemacht, dieses Amt zu erfinden. Vertrauensmänner der deutschen Maurer sind nun selbstverständlich für diese nur diejenigen Kollegen, die unser gewerkschaftlicher Kongress für berufen erachtet hat, es zu sein, die der Kongress mit solchem Ehrenamte betraut hat. Herr Emmer mag sich als Beauftragter der benannten Oppositions- und Krahler'sche bezeichnen; ihn Vertrauensmann der deutschen Maurer zu bezeichnen, ist eine alberne Annahme.

Herrn Emmer's Aufruf betrifft den bevorstehenden Gewerkschaftskongress in Halberstadt. Es heißt darin:

Da wir überzeugt sind, daß unsere Organisation von vielen Anhängern der formellen Verbandsorganisation verkannt wird, halten wir es für unsere Pflicht, dieselbe auf dem Kongress klarzulegen; um zu zeigen, daß unser System in jeder Beziehung, in finanzieller, wirtschaftlicher, sowie in politischer Richtung, den Arbeitern Deutschlands Rechnung trägt.

Auf Grund des Obigen ersucht Unterzeichner die Maurer Deutschlands, resp. diejenigen Vertrauensmänner derselben, welche auf dem Boden der freien Organisation stehen, ungesäumt öffentliche Maurerversammlungen einzuberufen und Delegierte zu diesem Kongress zu wählen.

Zu empfehlen wäre, daß die kleineren Orte, welche nicht selbstständig die Mittel für Beschickung des Kongresses aufbringen können, die Delegierten der größeren Städte mit ihrer Vertretung beauftragen.

Darüber, was Herrn Emmer's „Ueberzeugung“ werth ist, daß die von ihm vertretene Organisation von vielen Anhängern der „formellen“ (!!) Verbandsorganisation verkannt wird, will ich hier kein Wort verlieren. Die Herren Organisationskünstler werden mit ihren „Darlegungen“ auf dem Gewerkschaftskongress ebensowenig Glück haben, wie sie es bei den Maurern Deutschlands und auf deren Kongressen hatten.

Zwei dieser Zeilen ist lediglich, die Kollegen ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß Herr Emmer nicht beugt ist, sich als „Vertrauensmann der deutschen Maurer“ zu geriren und als solcher den Kollegen Vorschläge zu machen. Die Maurer Deutschlands haben ihre Vertretung auf dem Gewerkschaftskongress; eine solche zu schaffen, bedarf es nicht der Abhaltung von Versammlungen und der Delegiertenwahlen. Die Kollegen werden gut thun, sich die ihnen von Herrn Emmer zugeworfenen Mähnen und Geldopfer zu sparen. Wollen die Anhänger der sogenannten „freien“ Organisation den Kongress beschließen, so mögen sie das thun; aber die „Maurer Deutschlands“ haben damit nichts zu thun.

A. Dammann.

Situationsberichte.

Maurer.

Essen. Eine öffentliche Maurerverammlung fand am 12. d. Mts., Abends 8 Uhr, im Vereinslokale, Gottschalkstraße Nr. 44, statt, mit der Tagesordnung: Die Aufgaben der Gewerkschafts-Organisation unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Zustände. Als

Referent war Kollege C. Steiner aus Wipperfurth angemeldet und erschienen. Nachdem das Bureau durch die Kameraden Ernst, Meinerde und Schäfer gebildet war, erhielt der Referent zu seinem Vortrag das Wort. Redner tabelte zunächst den schwachen Besuch der Versammlung, freute sich aber trotzdem, daß wenigstens der alte Stamm noch am Platze sei, und kam nun auf die unangenehme Lage der Arbeiter unter der heutigen kapitalistischen Produktionsweise zu sprechen. Weil von den Meistern und den Unternehmern keine Mäßigkeit ausgeht, die Rechte der Arbeiter zu untergraben, müßte es Aufgabe eines jeden einzelnen Kameraden sein, die unorganisirten Arbeiter aufzuklären und dieselben zu einer Organisation heranzuziehen, nur dadurch könnten bessere Zustände in der Welt geschaffen werden. Er führte weiter aus, wie notwendig es sei, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unter den heutigen Zuständen erstrebt werde. Dem Referenten wurde von den anwesenden Kameraden reichlich Beifall gesollt. Im Verchiedenes sprachen mehrere Kollegen über die alten noch am Platze herrschenden Uebelstände und forderten auf, mit aller Energie dafür einzutreten, sie zu beseitigen. Hierauf wurde vom Vortragsenden mit einem dreimaligen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands die Versammlung geschlossen.

Essen. Am 5. Februar hielt die hiesige Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. eine ordentliche Mitgliederversammlung ab, mit der Tagesordnung: 1. Auflage und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom vorigen Quartal und Wahl der Zahlstellenverwaltung. Nachdem der erste Punkt erledigt war, wurde den Mitgliedern die Abrechnung vom Bevollmächtigten vorgelesen und von den Meistern beglaubigt. Hierauf wurde zur Zahlstellenverwaltung gespritten und folgende Kameraden gewählt: als erster Bevollmächtigter Jäger, als dessen Stellvertreter Bed, als Kassierer W. H. H. als dessen Stellvertreter Gros, und als Schriftführer Kästner. Als Revisoren wurden die Kameraden Boss, Kaiser und Maifarth gewählt. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten der Zahlstelle geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Wandbeck. Am 7. Februar fand eine Hauptmitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. statt, in welcher der Bevollmächtigte zunächst einen Rückblick gab über die Entwicklung der Zahlstelle seit ihrer Gründung. Sodann wurde vom Kassierer die Abrechnung vorgelesen, welche eine Einnahme von M. 59,15, eine Ausgabe von M. 65,03 und einen Bestand von M. 4,12 auswies. Hierauf erfolgte die Wahl der Zahlstellenverwaltung und wurden gewählt Betz, als Bevollmächtigter, Steinbock als dessen Stellvertreter, Westermann als Kassierer, Maub als dessen Stellvertreter und Stampe als Schriftführer. Zu Revisoren wurden Werner, Ventzin und Stehn, zu Kontrolleuren Meyer und Wagier und zu Bibliothekaren Boss und Cabier gewählt. Von dem Bevollmächtigten wurde nimmere ein Brief eines ausgeflossenen Mitgliedes vorgelesen, in welchem dasselbe nun seine Wiederaufnahme nachsucht. Die Wiederaufnahme wurde beschlossen. Betreffs der Besoldung der Verwaltung wurde beschlossen, bis auf Weiteres eine Verringerung nicht eintreten zu lassen. Von dem Kassierer wurde die Mitteilung gemacht, daß das Mitglied Barowski mit seinen Beiträgen länger als 3 Monate im Rückstande und infolgedessen als freiwillig ausgeschieden zu betrachten sei. Zum Schluß gelangte ein Brief des Vorstandes zur Verlesung, in welchem derselbe den Mitgliedern zur Beachtung empfiehlt, bei etwa ausbrechenden Differenzen zwischen den Mitgliedern und ihren Unternehmern nicht sofort die Arbeit einzustellen, sondern die Verwaltung hiervon in Kenntnis zu setzen, damit diese die Sache untersuchen und den Mitgliedern in der nächsten Versammlung zur Beschlusfassung unterbreiten könne.

Hannover. Zu dem am 16. Februar abgehaltenen Versammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hielt der Bevollmächtigte, Kollege Groth, einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Das Handwerk und die Industrie“. Redner schilderte in trefflicher Weise die heutigen Zustände im „Handwerk“, wobei die Bestrebungen der Innungsverbände unter Hinweis auf den demnächst (jezt bereits stattgefundenen) stattfindenden Handwerkerkongress von ihm den Anwesenden recht klar vor Augen geführt wurden. Daß das Unternehmertum, ob Handwerker oder Großindustrieller, alle Forderungen der Arbeiter ablehne, sei allbekannte Thatsache und deshalb müßten die Arbeiter sich besser wie in früheren Jahren organisieren. Zu diesem Zwecke seien die Lokalorganisationen aufgestellt und Zentralorganisationen geschlossen worden; es sei Pflicht aller Arbeiter, diesen beizutreten. Hierauf wurde beschlossen, eine Rechtschutzkommission einzusetzen und wurden in dieselbe außer dem Bevollmächtigten die Kollegen Volland, Plinke, Bahr und Bomb, zu Ergänzungsmitgliedern Heinrichs, Tieste und Humpert gewählt. Sodann wurde ein ständiges Festkomitee bestehend aus den Kollegen Fuge, Ludwig und Lehbe ernannt. Nachdem dann noch Kollege Volland zum Verwalter der Weihnachtsbüchse ernannt war, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Wavin. Am 7. Februar hielt die hiesige Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgruppen ihre Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Erhebung der Beiträge. 2. Abrechnung vom zweiten Quartal. 3. Wahl der Zahlstellenverwaltung. 4. Verchiedenes. Nachdem die Beiträge erhoben waren, wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung die Abrechnung vorgelesen und dieselbe von der Zahlstellenverwaltung für richtig befunden. Hierauf wurde zur Wahl der Verwaltung gespritten, gewählt wurden wieder als Bevollmächtigter F. Beefe, als dessen Stellvertreter B. Kelson, als Kassierer F. Waage, als dessen Stellvertreter W. Köhn, als Schriftführer Ch. Sellmann. Als Revisoren wurden gewählt F. Rohde, C. Corbs. Zum vierten Punkt sprach der Bevollmächtigte sein Bedauern über den schlechten Besuch der Versammlungen

in kurzen Worten aus. Da es hier am Orte noch schlecht genug mit unserer Organisation stehe und die Kollegen, welche der Organisation noch fernstehen, nicht zu bewegen seien, dem Zentralverbande beizutreten, so sei es Pflicht eines jeden Mitgliedes, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Hierauf erfolgte der Schluß der Versammlung. Gesehmünde. Am Dienstag, den 16. Februar, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. statt, in welcher zunächst von dem Kassierer die Abrechnung des zweiten Quartals vorgelesen und von der Versammlung für richtig befunden wurde. Alsdann erfolgte die Wahl der Zahlstellenverwaltung und wurden gewählt: Simon als Bevollmächtigter, W. Müller als dessen Stellvertreter, Andersen als Kassierer, W. Függe als dessen Stellvertreter und als Schriftführer A. Meid. Als Revisoren wurden gewählt: Sander, Schafmeier und Hartmann. Im Punkt „Verchiedenes“ wurde beschlossen: ein Mitglied, welches 6 Monate dem Verbande angehört hat, wird im Falle seiner Erkrankung unterstützt und erhält, wenn es 6 Wochen krank gewesen ist, eine Unterstützung von M. 30. Ferner wurde beschlossen, daß der Korbportier alle vier Wochen 10 M. von jedem Mitgliede für seine Verwaltung einfordern kann. Alsdann wurde von W. A. ers der Antrag gestellt, sämtliche für die Zahlstelle vorkommenden Drucksachen in der Druckerei der „Vollstimmte“ anfertigen zu lassen und jede Hauptversammlung einmal in der „Norddeutschen Volksstimme“ bekannt zu machen. Ferner machte der Bevollmächtigte bekannt, daß die Hasenarbeiter von Gesehmünde, Bremerhaven und Lese am 28. Februar eine Fahnengeißel abhalten; es sei Pflicht der Mitglieder, sich an dem Feste zu beteiligen.

Uetersen. Am Sonntag, den 6. Februar, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zahlstelle für Uetersen und Umgegend des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Berichterstattung der Lohnkommission; 2. Abrechnung vom 2. Quartal; 3. Wahl der Zahlstellenverwaltung; 4. Verchiedenes. Nachdem das Protokoll vorgelesen und ein Mitglied aufgenommen war, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Im ersten Punkt berichtete die Lohnkommission, daß sich sämtliche Meister mit dem von der Zahlstelle aufgestellten Lohntarif durch Namensunterschrift einverstanden erklärten. Im zweiten Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung, welche für richtig befunden wurde. Alsdann erfolgte die Wahl der Zahlstellenverwaltung. Gewählt wurden: als Bevollmächtigter J. Dahms, als dessen Stellvertreter J. Gerds, als Kassierer H. Keimert, als dessen Stellvertreter H. Dhrt und als Schriftführer C. Nagel. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen F. Fuhleborn, J. Dohs, W. Start. Im Punkt „Verchiedenes“ wurde von der Versammlung beschlossen, Lohnlisten bruden zu lassen und dieselben beim Zutritt zu den neuen Lohnlisten unter den Kollegen zu verbreiten. Zum Schluß forderte der Bevollmächtigte auf, kräftig für den Verband einzutreten und auch der Zahlstellenverwaltung entgegenzukommen; um dieser die Arbeit so viel wie möglich zu erleichtern. Hierauf erfolgte der Schluß der Versammlung.

Nürnberg. Am Sonntag, den 14. Februar, tagte eine General-Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw., Zahlstelle Nürnberg. Nachdem der erste Punkt durch die Aufnahme eines Kollegen erledigt wurde, wurde, da der Kassierer, Herr H. Klein, die Abrechnung nicht fertiggestellt hatte, beschlossen, daß derselbe bis zur nächsten Mitgliederversammlung die Rechnung abzurufen habe. Sodann wurde die Wahl der Zahlstellenverwaltung vorgenommen und die Kollegen Wert als erster und E. Hart als zweiter Bevollmächtigter wiedergewählt, ferner wurden gewählt H. Höbner als Kassierer, G. Pfeiffer als Stellvertreter, W. Röhler als Schriftführer und Weicker, Frühling und Höch als Revisoren. Der Kollege H. Höbner hatte einen Antrag gestellt, der Regelung oder Beseitigung der Einmüller resp. „Grundstein“ verbreiter. Nach längerer Debatte wurde aber dieser Antrag vom Antragsteller bis auf Weiteres zurückgezogen. Hierauf kam ein während der Versammlung eingelaufener Brief zur Verlesung, in welchem ein sehr gutes Mitglied des früheren Fackereis der Maurer und Steinbauer von Aufnahme in den Zentralverband und zugleich um Rechtschutz nachsuchte. Es wurde in Anbetracht, daß es dem Gesuchsteller durch eine durch einen Unfall sich zugezogene sehr schwere Krankheit unmöglich war, sich in den Zentralverband aufnehmen zu lassen, beschlossen, sich in dieser Sache an die Zentralleitung zu wenden und dieselbe zu ersuchen, wenn möglich Rechtschutz zu gewähren. Hierauf folgte der Schluß der Versammlung.

Nordhausen. Am 13. Februar tagte eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. Nachdem die Beiträge erhoben und sich ein Mitglied hatte aufnehmen lassen, wurde zur Wahl der Zahlstellenverwaltung gespritten und nach einer regen Debatte beschlossen, die Wahl durch Abstimmung vorzunehmen. Gewählt wurden G. Wedler als Bevollmächtigter, D. Reich als dessen Stellvertreter, F. Kruse als Kassierer, A. Richter als dessen Stellvertreter und G. Meyer, Dachdecker, als Schriftführer. Zu Revisoren wurden gewählt G. Eit, H. Hard, R. Richter und Fr. Eisinger. Die neugewählte Verwaltung versprach, nach besten Kräften ihr Amt verwaltend zu wollen. Im Verchiedenes wurde beschlossen, dem verunglückten Kollegen Pommer eine Unterstützung aus der Kasse zu gewähren und durch Sammelkosten Geld zur weiteren Unterstützung aufzubringen. Außerdem wurde der Wunsch ausgesprochen, die Mitglieder möchten doch etwas zahlreicher in den Versammlungen erscheinen und etwas mehr Agitation für den Verband betreiben, denn nur durch diesen könnten wir etwas von dem Unternehmertum erlangen.

Schwedt a. D. Die hiesige Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. hielt am 7. Februar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Quartals-Abrechnung

2. Bibliotheksangelegenheiten. 3. Wahlen der... Verwaltung 4. Verschiedenes. Zunächst erfolgte vom Kassierer die Abrechnung...

Rinneberg. Am 7. Februar, Nachmittags 4 Uhr, tagte eine Mitgliederversammlung der hiesigen... des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands...

Chemnitz. Die hiesige Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen hielt am 21. d. M. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab...

Quisburg. In der am Sonntag, den 7. d. M., stattgefundenen, leider schwach besuchten Mitgliederversammlung der Zählstelle Quisburg...

Roth. Am Mittwoch, den 10. Februar, tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands...

übungen zu geben, denn die große gerechte Sache, die es anstrebe, sei nicht nur eine Nothfrage, sondern vielmehr eine Kulturfrage, und in diesem Sinne müsse sie auch gelöst werden...

Kassel. Am 17. Februar fand im Lokale des Herrn Wittrod eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands...

Nudolstadt. Am Dienstag, den 16. Februar, fand im Langhans Restaurant eine öffentliche Maurerverammlung statt, welche nur schwach besetzt war...

Berlin. Eine Mitgliederversammlung des Unterstufungsvereins der Maurer im Westen Berlins tagte am Montag, den 8. Februar, Abends 8 1/2 Uhr...

hand: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Da der Referent am Ertrichener verknüpft war, wurde zum 3. Punkt, Verschiedenes, übergegangen...

Stuttgart. Am Sonntag, den 11. Februar, Vormittags 10 Uhr, fand eine Generalversammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands...

Wilhelmshagen. Am Sonntag, den 7. Februar, fand im Lokale des Herrn Gerbis eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands...

Kiel. Am Mittwoch, den 10. Februar, fand eine Generalversammlung der Mitglieder der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands im Englischen Garten statt...

Lauenburg a. d. Elbe. Große öffentl. Maurerverammlung

am Sonntag, 28. Februar, Nachmitt. 5 Uhr
im Lokale des Herrn P. Fischer.
Tagesordnung:
1. Veröffentlichung der statistischen Erhebungen der
Maurer Lauenburgs.
2. Die wirtschaftliche Lage der Maurer resp. der
Arbeiter.
3. Verschiedenes.
Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Kameraden von Lauenburg und Umgegend sind zu
dieser Versammlung alle am Platze.
Der Einberufer:
**Gaschhof Stadt Schwerin
in Bergedorf.**

Wiedereröffnung

der nach dem Brande neu restaurierten Räumlichkeiten.
Um recht zahlreichen Besuch bittet.
Nudolph Huth.

Quittungsmarken (Kaufstempel)

sowie alle Druckerarbeiten für Vereine
und Kasien
empfiehlt in anerkannt vorzüglicher Aus-
führung
Conrad Müller, Schkendib-Druckg.
Preislisten gratis und franco.

Abrechnung

für das zweite Quartal des Zentralverbandes
der Maurer Deutschlands und verwandten
Berufsge nossen.

Einnahme in den Zahlstellen.

Kassenbestand vom ersten Quartal	M. 2180,15
An Eintrittsgeldern	1193,—
wöchentlichen Beiträgen	10702,40
Extra-Beiträgen	10305,55
sonstigen Einnahmen	29,75
Auskub von der Hauptkass.	89,—
Summa M.	24490,85

Ausgabe in den Zahlstellen.

An die Hauptkass. abgesetzt	M. 17357,37
Für lokale Ausgaben	3284,32
Reisenunterstützung ausbezahlt	1896,25
Rechtschutz	124,40
Unterstützung nach § 1	48,20
Prozente zu viel verbraucht	27,36
Kassenbestand in den Zahlstellen	1652,95
Summa M.	24490,85

Einnahme in der Hauptkass.

Kassenbestand vom ersten Quartal	M. 1773,41
An Eintrittsgeldern	2,59
wöchentlichen Beiträgen	45,19
Extra-Beiträgen	28,—
sonstigen Einnahmen	42,18
Aus den Zahlstellen eingelauf.	17357,37
Summa M.	35201,56

Ausgabe der Hauptkass.

100 000 Leittungsmarken	M. 60,—
250 000 Mitgliedsbücher	1500,—
250 Formulare für Reise- unterstützung	—
M.	1567,—

Für Zahlstellen-Stempel nebst Zähler	76,15
Bücher und Schreibmaterialien	19,80
das Fachorgan „Grundstein“ 3 Quart.	3457,—
„	5133,50
Quartalsbeitrag an die Generalkom- mission	599,—
Beamtengelder für 3 Monate	990,—
Zuschuß an örtliche Verwaltungsstellen	80,—
Agitation	12,90
Bureaukosten	66,50
Vorstandsleistungen	48,—
Revision	752,40
Bureaureinigung und Feuerung	33,70
einen Kranz	25,—
Zeitungsubonement u. Verschiedenes	56,55
Per Waal belegt	22571,39
Porto:	
Paket-Berand	M. 29,85
Briefporto u. Kreuzbandend	65,11
Statistische Bücher Statuten u. Plakate	79,06
Befehlsgeld	13,15
Strasporto	1,80
Summa M.	45966,47

Bilanz.

Einnahme	M. 55201,56
Ausgabe	34596,47
Kassenbestand	M. 698,06
Zahlstellen befinden am Schluß des Quartals 129 und betrug in denselben die Mitgliederzahl 12523.	
F. Wilbrandt, Hauptkassier.	
Revidiert und für richtig befunden von den Revi- soren:	
Theodor Wömelburg, Hamburg.	
Carl Weniger, Darburg.	
Julius Beck, Altona.	

Abrechnung vom Generalfonds der Maurer Lübeds vom 1. Januar bis 31. Dezember 1891.

Einnahme:

An Kassenbestand am 1. Januar 1891	M. 1710,80
Von den Maurern Lübeds	1286,30
Mitgliedsbücher	20,—
Zinsen für das Jahr 1891	45,80
Summa M.	3062,90

Ausgabe:

Für Kommissionsleistungen	M. 11,—
Unkosten vom Kongress	33,21
Für Agitation nach Altona	2,25
„ „ „ „ „ „ „ „	2,75
Veräumnisse, Porto, Schreibmaterialien	1,37
Summa M.	52,58

Bilanz:

Einnahme	M. 3062,90
Ausgabe	52,58
Bestand M.	3010,32

M. Kahnis, Kassier.
Revidiert und richtig befunden
Die Revisoren:
H. Kneifeldt, A. Wadstein,
S. Dreier, J. Scheel.

Versammlungs-Anzeiger

für die Mitglieder
des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands
und verwandten Berufsge nossen.

- Altona.** Stadtheil Dresden Dienstag, den 1. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn Kluth, Wahrenselder-straße 131.
- Barmen.** Jeden zweiten Sonntag im Monat, bei Herrn Dinnberg, Oberbörnerstraße 69.
- Bergedorf.** Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, im Gaschhof „St. Petersburg“.
- Berlin I. (Berger.)** Jeden ersten Sonntag im Monat, Vormittags 11 Uhr, im Lokale „Bürgerhalle“, Dresdenerstraße 96.
- Berlin II.** Sonntag, den 28. Februar, Vormittags 10 Uhr, bei Herrn Lindel, Schwanenstr. 39.
- Bielefeld.** Sonntag, den 28. Februar, Morgens 11 Uhr, bei Herrn Willefeld, Bürgerweg 14.
- Bremen.** Mittwoch, den 2. März, Abends 6 Uhr, in der „Vereinshalle“, Mitterstraße 1.
- Burgthede.** Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, im „Deutschen Saale“.
- Cassel.** Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat bei Herrn Wittrod, Schöfergasse 33.
- Cöln a. Rh.** Jeden Sonntag, Morgens 11 Uhr, bei Wwe. Klemmer, St. Griesenstraße 69.
- Cöstin.** Jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat im Restaurant „Zum Weinberg“.
- Godwig (Anhalt).** Jeden letzten Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Krimling, Gaschhof „Zum goldenen Schiff“.
- Guzhagen.** Sonnabend, den 5. März, Abends 6 Uhr.
- Hanzig.** Dienstag, den 8. März, Abends 7 Uhr, im Vereinslokal, Koppergasse 24.
- Hessau.** Jeden 2. und letzten Sonntag im Monat im „Goldenen Fasan“, Marktstraße.
- Dorfmund.** Jeden 2. und 4. Samstag im Monat, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Zimmermann, Lütjendörferstraße 5.
- Düsseldorf.** Sonntag, den 6. März, Morgens 11 Uhr, bei Wwe. Mattheis, Kaiserstraße 65.
- Duisburg.** Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat, Morgens 11 Uhr, bei Herrn Breiter, „Drei Kronen“, Knüppelmarkt 2.
- Eckernförde.** Jeden letzten Sonnabend im Monat.
- Elmsborn.** Jeden letzten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal (Maurerherberge).
- Fischen.** Jeden ersten Dienstag im Monat im Gaschhof „Zum Kronprinz“.
- Elberfeld.** Sonntag, den 1. März, Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Gerhardt, Bleichstr. 14.
- Erfurt.** Jeden Freitag, Abends 8 Uhr, bei Herrn Schramm, Gothaerstraße 44.
- Essen a. d. Ruhr.** Jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat bei Wwe. Krah, Steelerthor.
- Essen.** Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Strud, Am Markt, Maurerherberge.
- Frauenhausen (Knyphausen).** Jeden zweiten Sonntag im Monat im „Veltow“.
- Friedland i. M.** Jeden letzten Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Albrecht, Kaiserstraße.
- Gaarden.** Jeden ersten Donnerstag im Monat bei Herrn Petersen, Schulstraße.
- Gesfemünde.** Dienstag, den 1. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Nachans, Friedreichstraße.
- Gelsenkirchen.** Sonntag, den 28. Februar, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Verschenbach, Vereinsstraße 11.
- Görlitz.** Donnerstag, den 3. März, Abends 7 1/2 Uhr, in der „Mädchensalle“, Berlinerstraße.
- Großsmühlen.** Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Hoffmeister, Wismarstraße 160.
- Gückshadt.** Jeden zweiten Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Mint, Am Markt.
- Güstrow.** Jeden ersten Sonntag im Monat.
- Hamburg.** Jeden Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr, in „Tügel's Stabikassener“, Valentinstamp 41.

- Hannover.** Dienstag, den 1. März, Abends 8 Uhr, im „Kalkhof“.
- Darburg (Elbe).** Donnerstag, den 10. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn Peters, Karnapp.
- Hersford.** Sonnabend, den 5. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Wwe. Oberhaus, Demeistrasse.
- Hilbesheim.** Jeden ersten Sonntag und jeden Mittwoch nach dem 15. im Monat.
- Hirschberg (Schl.).** Jeden ersten Dienstag im Monat, Abends 6 Uhr, bei Herrn Schreier, „Schwarzes Roth“ 18.
- Hoch.** Jeden ersten Dienstag im Monat, Abends 8 Uhr, in der Zenttalherberge des Herrn M. Cass, Siedberg.
- Kiel.** Mittwoch, den 9. März, Abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“.
- Laage.** Jeden letzten Sonntag im Monat.
- Legnitz.** Sonnabend, den 27. Februar, im Gaschhof „Zu den drei Bergen“, Spauauerstr. 7, Abends 8 1/2 Uhr.
- Lützenwalde.** Jeden Sonntag nach dem 15. im Monat, Nachm. 3 1/2 Uhr, bei Herrn Döbber, Büffelstr. 33.
- Lübeck.** Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat, „Berliner Hof“, Fünfhausen.
- Mainz.** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, im Lokale „Weißes Röschgen“, Hauptgasse.
- Meltdorf.** Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat bei Herrn Karlsen.
- Minden i. W.** Jeden Samstag, Abends 5 Uhr, bei Herrn Wischmeier, Mitterstr. 18.
- Mühlheim a. d. Ruhr.** Jeden ersten und dritten Samstag im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Heberhoff.
- Neubuckow.** Jeden letzten Sonntag im Monat.
- Neumünster.** Jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. im Monat.
- Neustadt i. M.** Jeden letzten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Bage.
- Nienburg a/W.** Jeden Sonntag nach dem 15. im Monat.
- Nienstedten.** Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Schmel.
- Nordenham.** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, Nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Herrn Brower.
- Nordhausen.** Sonnabend, den 5. März.
- Offentinerhütte.** Jeden ersten Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr, in der Bauer'schen Wirtschaft.
- Oberhausen-Strum.** Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Abends 6 Uhr, bei Herrn P. König in Alsteden.
- Offenbach.** Jeden Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr, in der Restauration P. Eisenmenger, Herrensstraße 46.
- Parchim.** Sonntag, den 28. Februar, Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Döbber.
- Pforzheim.** Jeden Sonntag von 10 bis 11 Uhr im Lokale „Zur Eintracht“, Meichlstraße 12.
- Pinneberg.** Jeden ersten Sonntag im Monat bei Herrn Hantsch, Nachmittags 4 Uhr.
- Posen.** Jeden ersten Sonntag im Monat, Mittags 12 Uhr, bei Herrn Krüger, Wernersstr. 18.
- Preech.** Jeden ersten Sonntag im Monat, Abends 7 Uhr, bei Herrn Koller, Kirchenstr.
- Quefzlinburg.** Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im „Goldenen Anker“.
- Rendsburg.** Jeden ersten Sonnabend im Monat bei Herrn Nebel, Herrensstraße 11.
- Rixdorf.** Jeden Dienstag nach dem ersten im Monat, bei Herrn Kummer, Berlinerstraße 136, Abends 8 1/2 Uhr.
- Roskov i. M.** Mittwoch, den 9. März, bei Herrn P. Brandt, Beguinenberg 10, Abends 8 Uhr.
- Rohleben.** Jeden Sonnabend nach dem 15. im Monat.
- Schleswig.** Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, in der Maurerherberge, Domjergelhof.
- Schwann.** Jeden ersten Sonntag im Monat.
- Schwardt a. C.** Sonntag, den 28. Februar, Morgens 9 1/2 Uhr bei Herrn Hart.
- Stahlfurt.** Jeden Montag nach dem 1. und 15. im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Thelemann.
- Steglich.** Jeden Freitag nach dem 15. im Monat.
- Steinbeck.** Sonntag, den 6. März, im Vereinslokal.
- Stellingen-Langenfelde.** Jeden Dienstag nach dem ersten im Monat, bei Herrn Hiesken in Stellingen, Abends 8 1/2 Uhr.
- Stendal.** Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat, Hiltstraße 10.
- Stolz.** Sonntag, den 28. Februar, Nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Maurerherberge.
- Stralsund.** Jeden Montag nach dem 1. und jeden Sonnabend nach dem 15. im Monat.
- Stuttgart.** Sonntag, den 28. Februar, Morgens 10 Uhr, in der „Glode“, Leonhardt'splatz.
- Tempelhof.** Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn C. Nigert, Mariendorf, Werdstraße 1.
- Thorn.** Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokal.
- Uetersen.** Jeden ersten Sonnabend im Monat, bei Herrn Tapp.
- Verden.** Jeden letzten Sonntag im Monat, Abends 7 Uhr, im Vereinslokal.
- Wandsbeck.** Dienstag, den 8. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn Schley, Albedestr. 55.
- Waren.** Jeden ersten Sonntag im Monat, bei Herrn Heimlicher.
- Wartin.** Sonntag, den 6. März, Nachmittags 5 Uhr.
- Wedel.** Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Strudmeier.
- Weiskensge.** Jeden ersten Dienstag im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Gebauer.
- Zarrentin.** Jeden letzten Sonntag im Monat, Nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Herrn Gastwirth Ehlers.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Kuer & Co. in Hamburg.